

▶ ▶ ▶ Rechtsruck in Europa



Quelle: pixabay.com

Bei der Europawahl vergangenen Sonntag konnten die rechtspopulistischen/rechtsextremen Parteien beträchtliche Zugewinne verzeichnen. Nicht erst seit dieser Wahl gibt es die Befürchtung vieler ExpertInnen, dass die Demokratie in Europa bedroht sei.

In 65 Ländern weltweit finden heuer Wahlen statt. Das Jahr 2024 wurde deshalb als „Jahr der Demokratie“ bezeichnet. Doch Optimismus in Bezug auf die Demokratie stellt sich schwer ein.¹

¹ Berman, Sheri. „How Serious Is Europe's Anti-Democratic Threat?“. 10.06.2024. [project-syndicate.org. https://www.project-syndicate.org/magazine/europe-right-wing-populist-parties-understanding-their-appeal-and-the-implications-by-sheri-berman-2024-06](https://www.project-syndicate.org/magazine/europe-right-wing-populist-parties-understanding-their-appeal-and-the-implications-by-sheri-berman-2024-06)

Einige im 20. Jahrhundert neu entstandene Demokratien fielen wieder in die Autokratie zurück und die Sorge um die Zukunft der Demokratie an Orten, wo sie lange als selbstverständlich galt, geht um.² Insbesondere der wachsende Zuspruch zum Rechtspopulismus in Westeuropa weckt Ängste.

Tatsächlich erzielten schon in den letzten Jahren rechtspopulistische Kräfte bemerkenswerte Erfolge. Die größten Volkswirtschaften der EU liefern hierfür Beispiele:

In Deutschland, dem einwohnerstärksten EU-Land, das 96 Mandate stellt, holte die Rechtsaußen-Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) trotz vieler Skandale mit 15,9% Platz zwei (15 Mandate) bei der Europawahl. Die rassistische, antidemokratische Partei mit Verbindungen zu Neonazi-Organisationen verharmlost den Holocaust, bekundet ihre Unterstützung für den russischen Präsidenten Wladimir Putin und spricht sich für die Abschaffung der EU aus. Bei der Bundestagswahl 2017 zog die AfD mit 12,6% der Stimmen als drittstärkste Partei in den Deutschen Bundestag.

In Frankreich erzielte Marine Le Pen vom „Rassemblement National“ (RN) bei den Präsidentschaftswahlen 2022 ihr bis dahin bestes Ergebnis. Bei der Europawahl schaffte es die Rechtsaußen-Partei mit 31,4% und 30 Mandaten klar auf Platz eins. Als Folge löste Präsident Emmanuel Macron die Nationalversammlung auf. Für die bereits Ende Juni angesetzte Neuwahl des Parlaments will die RN weitere Rechte um sich scharen, auch aus der rechtsextremen Partei „Reconquete“. Von Seiten der RN wäre man auch mit einer Kohabitation (Präsident und Premierminister vertreten unterschiedliche politische Richtungen) einverstanden.

Im Jahr 2022 wurden die „Fratelli d'Italia“ zur größten Partei Italiens und hoben ihre Vorsitzende Giorgia Meloni ins Ministerpräsidentenamt. Am Sonntag erzielte die Partei einen Erfolg mit 28,8% der Stimmen und 24 Mandaten. Melonis Partei behauptete sich auch im koalitionsinternen Duell mit den Regierungspartnern „Forza Italia“ und „Lega“. In ihrer Rhetorik bedient

² Ausführliche Informationen zum weltweiten Rückgang der Demokratien im Artikel [„Der weltweite Rückgang der Demokratien“](#) vom 29.05.2024.

Meloni das Narrativ der Mutter und Christin, die gegen eine angebliche linke Vorherrschaft ankämpft. Auch Migranten werden immer wieder zum Feindbild gemacht.

In den Niederlanden errang nach dem durchschlagenden Sieg bei den Parlamentswahlen 2023 die rechte Partei von Geert Wilders einen Zugewinn und liegt mit 17,7% auf Platz zwei.

In Österreich erreichte die „FPÖ“ Platz eins mit 25,7% der Stimmen und 6 Sitzen im EU-Parlament. Die rechtspopulistische und EU-feindliche Partei war in den letzten 25 Jahren bereits mehrfach Teil der Regierung in Österreich. Heuer wird ein neues Parlament gewählt.

In Ungarn verfolgt Ministerpräsident Viktor Orbán und seine rechtspopulistische Partei „Fidesz“ eine sehr konservative Familienpolitik und Anti-Migrationspolitik.

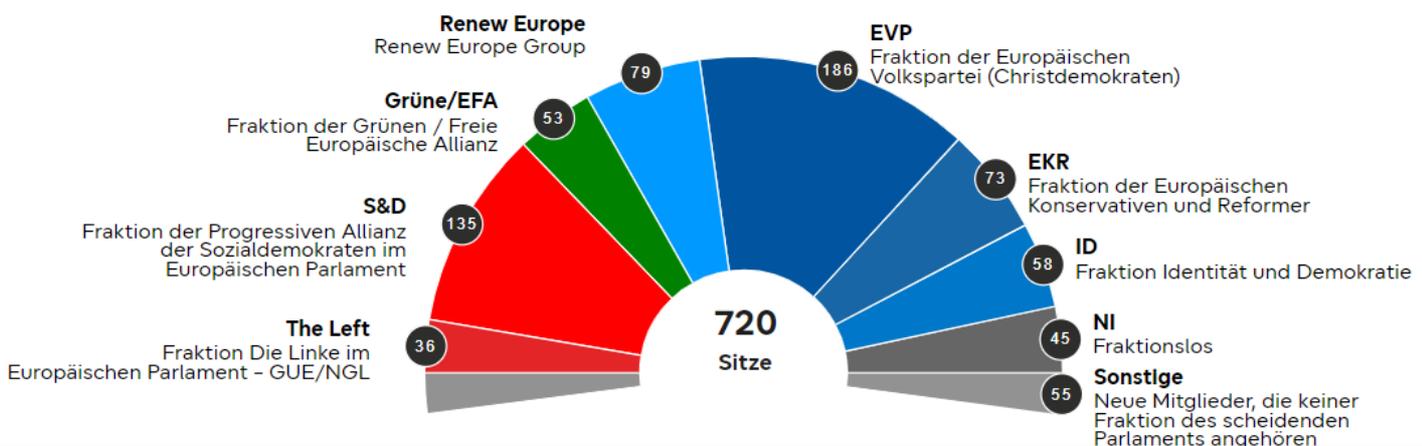
Die Liste der Länder mit regierungsbeteiligten rechten Parteien ließe sich noch fortsetzen.

10.06.2024 - 16:14

Alle Zeiten sind in GMT+2 angegeben

Europäisches Parlament 2024–2029

Vorläufige Ergebnisse



Quelle: <https://results.elections.europa.eu/de/> (11.06.2024)

Um die Wahlerfolge der europäischen Populisten zu verstehen, müssen mehrere Faktoren beleuchtet werden.

Zum einen spiegelt der Zuwachs an Unterstützung für populistische Parteien die wachsende Unsicherheit, Ungleichheit und Entfremdung wider, die der moderne Kapitalismus hervorbringt. Wirtschaftliche Missstände werden als Symptom der Krise der Gemeinsamkeit von Kapitalismus und Demokratie verstanden.

Eine andere Erklärung konzentriert sich auf soziale und kulturelle Missstände. Rechtspopulisten machen sich eine rassistische, nativistische Gegenreaktion auf die wachsende Vielfalt und den Erosionsprozess „traditioneller“ Werte zunutze.

Beide oben angeführten Erklärungen reichen jedoch nicht aus, um die Anziehungskraft des Populismus zu erklären. Historisch scheint dieser in wirtschaftlich schlechten Zeiten zu florieren, wie etwa nach der Finanzkrise 2008. Doch länderübergreifend ist die Korrelation zwischen wirtschaftlichen Problemen und populistischer Unterstützung nicht sehr stark. Island und Irland beispielsweise litten während der Krise von 2008 stark, doch die Unterstützung für den Populismus blieb in beiden Ländern gering. Darüber hinaus gibt es Hinweise darauf, dass Parteizugehörigkeit die Ansichten der Wähler über die Wirtschaft ebenso stark prägt, wie Ansichten über die Wirtschaft die Wahl der Wähler beeinflussen, welche Parteien sie unterstützen.

Auch zwischen dem Ausmaß von Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit und dem Erfolg des Populismus in einem bestimmten Land besteht kein großer länderübergreifender Zusammenhang. In manchen Ländern mit geringem Rassismus- und Fremdenfeindlichkeitsgrad wie Schweden gibt es große populistische Parteien, in manchen Ländern mit höherem Rassismus- und Fremdenfeindlichkeitsgrad wie Irland und Portugal hingegen nicht. Und insgesamt sind Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in den letzten Jahrzehnten in fast allen westlichen Gesellschaften zurückgegangen, während die Unterstützung für den Rechtspopulismus zugenommen hat.

Um Populismus zu verstehen, muss also auf etwas geachtet werden, dass die Populisten selbst betonen. Sie geben vor, gegen ein „Establishment“ zu sein, das „das Volk“ weder

vertritt noch auf es eingeht. Haben Menschen das Gefühl, nicht repräsentiert zu werden, wächst die Unterstützung für die Anti-Establishment-Parteien.³

Die amerikanische Politikwissenschaftlerin Berman schätzt den Anstieg des Rechtspopulismus in Westeuropa nicht als Bedrohung oder als Gefahr für die Demokratie ein. Die Arbeiten von DemokratiewissenschaftlerInnen und -organisationen (darunter „Freedom House“, „Economist Intelligence Unit“ und das „V-Dem Institute“)⁴ machen dies deutlich. Statt eine Rückkehr des Faschismus anzukündigen, wie vielerorts befürchtet wird, haben sich die meisten westeuropäischen rechtspopulistischen Parteien im Laufe der Zeit gemäßigt. Sie haben sich von ihren extremistischen – manchmal sogar neofaschistischen – Wurzeln distanziert, eine explizit rassistische und antisemitische Rhetorik durch eine stärkere Einwanderungskritik ersetzt, die sich auf mangelnde Assimilation und Bedrohungen des Wohlfahrtsstaates konzentriert, und sie haben sich zur Demokratie bekannt. Der „Rassemblement National“, die „Schwedendemokraten“ und die „Fratelli d’Italia“ spiegeln allesamt diesen Trend wider.

Dennoch haben nicht alle rechtspopulistischen Parteien diesen Weg eingeschlagen, wie etwa die AfD in Deutschland zeigt. Angesichts der massiven wirtschaftlichen und sonstigen Herausforderungen, mit denen Westeuropa in der letzten Generation konfrontiert war, muss jedoch betont werden, dass die Widerstandsfähigkeit der Demokratien in Europa bemerkenswert ist.

Die Entwicklungen in den USA schlagen hingegen in die entgegengesetzte Richtung aus. Die Republikanische Partei hat sich von einer konservativen in eine radikale rechtsextreme Partei verwandelt. Dieselben, oben genannten, akademischen Analysen und Studien zeigen, dass die Qualität der amerikanischen Demokratie tatsächlich abnimmt, was berechtigte Sorgen um ihre Zukunft aufkommen lässt.

³ Zur Veranschaulichung dieser Dynamik können die jüngsten Entwicklungen in Deutschland herangezogen werden. Zusammengefasst in dem Artikel „How Serious Is Europe’s Anti-Democratic Threat?“ von Sheri Berman. <https://www.project-syndicate.org/magazine/europe-right-wing-populist-parties-understanding-their-appeal-and-the-implications-by-sheri-berman-2024-06>

⁴ <https://freedomhouse.org/>, <https://www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2023/>, <https://v-dem.net/>

Die USA machen demnach deutlich, dass Extremismus eine Partei schnell verändern kann und die Demokratie sogar dort schwächen kann, wo ihre dauerhafte Stabilität lange Zeit als selbstverständlich galt.

Sollte Donald Trump beispielsweise die Präsidentschaftswahlen 2024 in den USA gewinnen, wird nicht nur die amerikanische Demokratie darunter leiden. Trump würde Extremisten in Europa und anderswo erneut ermutigen, die Grenzen weiter zu verschieben und die internationalen Allianzen und Institutionen zu untergraben, auf die die Stabilität Europas und der Welt seit langem angewiesen ist.

Die wachsende Unterstützung für Rechtspopulisten in Westeuropa mag derzeit keine existenzielle Krise für die Demokratie darstellen, aber sie ist eine Warnung, die sehr ernst genommen werden muss.

Ceterum censeo TradeCom Fonds esse emendum!

Mit freundlichen Grüßen



Mag. Reinhard Wallmann

(Geschäftsführer)



Mag. Margot Steinöcker

(Public Relations)

Risikohinweis!!!

Dies ist eine interne Unterlage und ist nur an einen ausgewählten Personenkreis gerichtet. Sie basiert auf dem Wissensstand der mit der Erstellung betrauten Personen und dient der zusätzlichen Information unserer Anleger. Unsere Analysen und Schlussfolgerung sind genereller Natur und berücksichtigen nicht die individuellen Bedürfnisse von Anlegern hinsichtlich Ertrag, steuerlicher Situation oder Risikobereitschaft. Jede Kapitalanlage ist mit Risiken verbunden. Wir übernehmen für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der hier wiedergegebenen Informationen und Daten sowie das Eintreten von Prognosen keine Haftung. Die Unterlage ersetzt keinesfalls eine anleger- und objektgerechte Beratung sowie umfassende Risikoaufklärung. Die steuerliche Behandlung der Fonds ist von den persönlichen Verhältnissen des jeweiligen Kunden abhängig und kann künftig Änderungen unterworfen sein.

Die Wertentwicklung der Vergangenheit lässt keine verlässlichen Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung g Steuern sind in den Performanceberechnungen nicht berücksichtigt und mindern die Rendite der Veranlagung. Ertragserwartungen stellen bloße Schätzungen zum Zeitpunkt der Erstellung der Unterlage dar und sind kein verlässlicher Indikator für eine tatsächliche künftige Entwicklung.

Die aktuellen Prospekte und das Basisinformationsblatt ("BIB") sind in deutscher Sprache auf der Homepage www.securitykag.at (Unsere Fonds/Fonstdokumente) sowie am Sitz der Security Kapitalanlage AG, Burgring 16, 8010 Graz als Emittentin und der Liechtensteinische Landesbank (Österreich) AG, Hessgasse 1, 1010 Wien, als Depotbank kostenlos erhältlich.

Beratung und Verkauf erfolgen ausschließlich über befugte Wertpapierdienstleister und Banken. Alle Angaben ohne Gewähr.